

Vierzig Jahre zu spät

VON JOSEF JOFFE

Für Edgar Bronfman, den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, war's ein „historisches Ereignis“, als sich die DDR im Sommer zumindest zum Prinzip der „Wiedergutmachung“, also von Entschädigungszahlungen an Juden, bekannte. Ein historisches Ereignis ist auch Bronfmans Ostberlin-Besuch in dieser Woche – der erste eines Weltkongreß-Präsidenten seit Kriegsende.

Erich Honecker hat Bronfman mit auffallendem Gepränge empfangen. Vorweg wurde ihm der „Große Stern der Völkerfreundschaft“ mit nicht minder großen Elogien verliehen – als Ausdruck der „außerordentlichen Wertschätzung“. Überdies trifft Bronfman mit allerlei Größen aus Staat und Partei zusammen – mit Außenminister Fischer und Politbüro-Mitglied Jarowinsky, zum Beispiel. Und die DDR erinnert sich plötzlich wieder daran, daß – so Honecker – „sich viele Juden aktiv am Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur beteiligt haben“.

All dies kommt etwas plötzlich, aber keineswegs überraschend. Die Interessenslage der DDR ist klar, und sie entspringt vorweg der „Großen Politik“. Da sind erstens die neuen Signale aus Moskau. Im Zuge eines allgemeinen diplomatischen Revirements will Gorbatschow auch die Versteinerungen der sowjetischen Politik im Nahen Osten aufbrechen. Gut 40 Jahre lang hatte die Sowjetunion allein auf die arabische Karte gesetzt, um so ihre Position in Nahost zu festigen. Israel wurde dabei systematisch ignoriert – oder mit Propagandaparolen überschüttet, die geradewegs aus dem *Völkischen Beobachter* hätten kommen können.

Inzwischen aber ist Moskau es leid, die Initiative allein den USA zu überlassen – der einzigen Supermacht, die zu beiden Seiten ein gutes Verhältnis pflegt. Den Israeli 1967 entrissen, kehrt die diplomatische Anerkennung auf leisen Sohlen wieder zurück. (Nur die Rumänen haben den Draht nie gekappt.) Die Sowjetunion, Polen, ja der gesamte Ostblock und selbst China haben unterhalb der De-jure-Anerkennung die Beziehungen längst wieder geknüpft. Da kann, da will die DDR nicht abseits stehen; da bietet sich der Jüdische Weltkongreß als treffliche Brücke an.

Der zweite Grund für die Enteisung ist in Washington zu suchen. Zwar erhielt die DDR nach Berlin-Abkommen und Grundlagenvertrag 1974 die heftig ersehnte Anerkennung, doch das Verhältnis zu den USA ging über das Kühl-Korrekte nie hinaus. Die „Meistbegünstigungsklausel“ im Handel hat die USA den Ostdeutschen nicht gewährt, und das hat wiederum eine schlechte Ursache: Die DDR hat nie ihr Versprechen eingelöst, „ungeregelte finanzielle Angelegenheiten“ – also auch die Wiedergutmachungsfrage – zu bereinigen. Daß Honecker nun Bronfman empfängt und schon im Sommer eine symbolische

Zahlung von 100 Millionen Dollar angedeutet hat, mag man als Kompliment an den Weltkongreß begreifen. Freilich darf man vermuten, daß dahinter auch ein unausrottbares, altbekanntes Vorurteil steht: von der Macht zumal der amerikanischen Judenheit, Tempo und Gangart der offiziellen Politik zu bestimmen.

Derlei Verbeugungen hat sich die DDR 40 Jahre lang versagt. Schlimmer: Wenn auch der Anstoß fast immer aus Moskau kam, gehört doch der Antisemitismus unter dem Deckmäntelchen des „Antizionismus“ zu den dunkelsten Kapiteln der DDR-Geschichte. Die antisemitischen Machenschaften im Ostblock – der Rajk-Prozeß in Ungarn, der Slansky-Prozeß in der CSSR, die Hetze wegen des „Ärztekomplotts“ gegen Stalin – fanden ihre Entsprechungen in der DDR. Die DDR-Juden flohen zuhauf, aber obwohl der Druck nach Stalins Tod nachließ, blieb der „Antizionismus“ erstes Propagandagebot. Nach dem Jom-Kippur-Krieg bescheinigte Friedrich Dürrenmatt den DDR-Medien, sie seien „schamlos in ihrem Haß, schamloser als alle anderen“ gewesen.

Da war „Linientreue“ gegenüber Moskau im Spiel, aber auch mehr. 40 Jahre lang hat die DDR die deutsche Vergangenheit auf ihre Weise „bewältigt“. Wie Österreich deklarierte sie sich als „Opfer des Faschismus“ – als wären die Nazi nicht Deutsche, sondern Invasoren aus dem Weltall gewesen. Da gab es keine Verantwortung und auch keine Pflicht zur Wiedergutmachung. Inzwischen gibt es kaum

noch Juden in der DDR – geblieben ist ein armseliges Häufchen von knapp 400 Gemeindemitgliedern, die kraft Überalterung zum Aussterben verdammt sind.

Da will sich kaum mehr als Trauer einstellen, wenn die DDR sich jetzt eines Besseren besinnt – wenn sie die alten Verdrängungsmechanismen aufbricht, Entschädigung gelobt oder mit großem Aufwand die „Neue Synagoge“ in der Oranienburger Straße wieder aufbauen will. Dieser im Beisein von Bismarck eingeweihte Prachtbau hat einst 3000 Gläubigen Platz geboten; heute umfaßt die Ostberliner Gemeinde 180 Mitglieder. Wie so viele Synagogen in Ost und West, wird auch diese ein Museum bleiben – ein Mausoleum der Erinnerungen.

Dennoch gilt es, die Versöhnungsgesten nicht zu schmälern – auch wenn das „historische Ereignis“ 40 Jahre zu spät kommt. Da ist kalkulierte Realpolitik am Werke, aber vielleicht auch ein Stück Einsicht in die Verantwortung. Die DDR hat sich bisher sehr selektiv mit der deutschen Geschichte identifiziert. Da ist es ein hoffnungsträchtiges Zeichen, daß sie sich nicht bloß wie neuerdings mit Friedrich II. oder Bismarck schmückt, sondern auch das giftigste Erbe der deutschen Vergangenheit der Verdrängung zu entziehen beginnt.